

Silhavy: "Es gibt vielfältige Formen der Ausbeutung von Menschen"

Utl.: Silhavy fordert Verbesserung der rechtlichen Lage von
Menschenhandelsopfern =

Wien (SK) - "Es gibt vielfältige Formen der Ausbeutung von Menschen. Aber Menschenhandel, speziell Frauenhandel, wird im öffentlichen Bewusstsein meist mit Handel in die Prostitution gleichgesetzt", betonte Frauenministerin Heidrun Silhavy am Dienstag in einer Pressekonferenz im Vorfeld des am 22. und 23. Oktober stattfindenden internationalen Symposiums "Arbeit-Migration-Rechte - Strategien gegen Frauenhandel". Das Symposium steht unter dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung von Kompetenzen und Handlungsmodellen im Kampf gegen Frauenhandel und findet anlässlich des zehnjährigen Bestehens der LEFÖ-IBF, der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels statt. ****

"Die moderne Sklaverei hat viele Formen und insbesondere die Ausbeutung der Arbeitskraft ist bislang ein ausgeblendetes Thema, das daher auch üblicherweise nicht mit Frauenhandel assoziiert wird", kritisierte Silhavy und fügte weiter hinzu, dass die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften in Industrieländern vielfältig sei, sei es im Haushalt, der Pflege, Gastronomie, Landwirtschaft und in zahlreichen weiteren Arbeitsbereichen. Die ILO (International Labour Organisation) schätzt die Zahl der Menschenhandelsopfer in den industrialisierten Ländern auf 360.000, wovon ca. ein Viertel von nichtsexueller wirtschaftlicher Ausbeutung betroffen ist. Weltweit sind nach dieser Studie der ILO aus dem Jahr 2005 ca. 2,4 Millionen Menschen von Menschenhandel betroffen, davon mindestens ein Drittel zu anderen Zwecken als sexueller Ausbeutung.

Silhavy kritisierte die "Rollenverschiebung", die Tatsache, dass die "Opfer", Frauen die unter falschen Versprechungen oder Androhung von Gewalt als Arbeitskräfte in die Industriestaaten kommen, in der öffentlichen Darstellung häufig als "Täter" gesehen würden. Aus diesem Grund formulierte Silhavy Forderungen um die rechtliche Situation der Opfer in Österreich zu verbessern: Der Rechtsanspruch auf den Aufenthaltstitel müsse neu diskutiert werden, den Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt und dem AMS ermöglicht werden und die oftmals schwer traumatisierten Frauen bräuchten eine ausreichende medizinische und psychische Betreuung.

Da man den Handel mit Menschen nicht isoliert als österreichisches Problem betrachten könne, hob Silhavy die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit hervor. Daher sei es wichtig, eine unabhängige Einrichtung, eine ministerienübergreifende Initiative zu schaffen, die gemeinsam grenzüberschreitende politische Strategien gegen Menschenhandel entwickeln solle. "Diese Einrichtung soll als Observatorium auch die internationale Lage beobachten und analysieren, damit die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt eingesetzt werden können. Nur wenn man die Strukturen, die Fakten kennt, kann man auch an den richtigen Punkten ansetzen", betonte Silhavy und hob abschließend hervor, dass sie diese Forderungen auch in die Koalitionsverhandlungen einbringen werde. (Schluss) sv

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0141 2008-10-21/12:29

211229 Okt 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20081021_OTS0141